

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. Christa Luft, Rolf Kutzmutz und der Gruppe der PDS

Beteiligung von abhängig Beschäftigten am Produktivvermögen

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Bedeutung mißt die Bundesregierung der Beteiligung der Beschäftigten am Produktivvermögen zu hinsichtlich der Möglichkeiten für eine Demokratisierung der Wirtschaft und zur Vermeidung einer extremen Konzentration des Produktivvermögens in wenigen Händen?
2. In wie vielen deutschen Unternehmen sind nach Kenntnis der Bundesregierung abhängig Beschäftigte am Produktivvermögen der Unternehmen beteiligt?
3. In wie vielen Unternehmen beträgt die Beteiligung der Beschäftigten mehr als 25 Prozent, mehr als 50 Prozent und 100 Prozent?
4. Welche Aussagen lassen sich zu den einzelnen Beschäftigtengrößenklassen (bis 19 Beschäftigte, bis 199 Beschäftigte und größere Unternehmen) der Unternehmen machen, an denen abhängig Beschäftigte nach den in den Fragen 2 und 3 genannten Anteilen beteiligt sind?
5. Welchen Anteil haben Unternehmen mit mehr als 25prozentiger, mit mehr als 50prozentiger und mit 100prozentiger Beteiligung der Beschäftigten jeweils am Gesamtumsatz aller Unternehmen?
6. Wie gestaltet sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Verteilung der Beteiligung der Beschäftigten in den Branchen?
7. In welchem Umfang sind die Beteiligungen der Beschäftigten an den Unternehmen in den einzelnen Jahren seit 1990 gewachsen?
8. Wie hat sich der Anteil der Beschäftigungsbeteiligungen am Produktivvermögen insgesamt verändert?
9. a) Wie viele Unternehmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den alten Ländern an Beschäftigte ganz oder teilweise veräußert?

- b) Wie viele Beschäftigte hatten diese Unternehmen?
 - c) Durch wie viele Beschäftigte wurde eine Beteiligung erworben?
 - d) Welchen Umsatz hatten diese Unternehmen?
10. a) Wie viele Unternehmen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den einzelnen neuen Ländern an Beschäftigte ganz oder teilweise veräußert?
- b) Wie viele Beschäftigte hatten diese Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils?
 - c) Durch wie viele Beschäftigte wurde in den einzelnen Ländern jeweils eine Beteiligung erworben?
 - d) Welchen Umsatz hatten diese Unternehmen in den einzelnen Ländern jeweils?
11. a) In welchen Jahren wurden von der Treuhandanstalt und ihren Nachfolgeorganisationen wie viele Unternehmen an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter veräußert?
- b) Wie viele dieser Unternehmen sind weiterhin wirtschaftlich aktiv?
12. a) Hat die Bundesregierung Kenntnis über die wirtschaftliche Situation und die Entwicklung der Anzahl der Beschäftigten dieser Unternehmen?
- Wenn ja, wie gestaltet sich die Situation für die einzelnen Beschäftigtengrößenklassen (bis 19 Beschäftigte, bis 199 Beschäftigte und größere Unternehmen)?
- b) Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle „Management-Buy-Outs in Ostdeutschland“ vom September 1996, insbesondere aus den Aussagen zur anhaltend schwierigen Situation der Unternehmen in Ostdeutschland?
13. Gibt es in irgend einer Form gesonderte Regelungen bei der Kreditvergabe oder beim Ausreichen von Fördermitteln an Unternehmen mit Beteiligungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, und welche sind das?
14. Welche Rolle spielen nach Einschätzung der Bundesregierung die Beteiligungen von Beschäftigten in Transformationsländern Mittel- und Osteuropas bei der Privatisierung und für die Wirtschaftsentwicklung (Umfang der Mitarbeiterbeteiligungen am Produktivkapital, gesonderte Förderung und Unterstützung)?
15. a) Ist das Kapital von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei Insolvenz in irgend einer Form abgesichert oder vor Schmälerung durch Verluste geschützt?

- b) Wie beurteilt die Bundesregierung die Notwendigkeit, durch Bankbürgschaften, versicherungsrechtlich oder durch einen Vermögensbildungssicherungsfonds, wie von der SPD vorgeschlagen, eine gewisse Sicherung in Erwägung zu ziehen oder zu unterstützen?

Bonn, den 3. Juli 1997

Dr. Christa Luft

Rolf Kutzmutz

Dr. Gregor Gysi und Gruppe

